



Israel Kontrovers Nr. 14

17. Juli 2013

Die ersten 100 Tage der dritten Netanyahu-Regierung

Am 18. März 2013 nahm die inzwischen dritte von Benjamin Netanyahu geführte israelische Regierung ihre Arbeit auf.¹ Sie war aus den am 22. Januar durchgeführten vorgezogenen Neuwahlen hervorgegangen. Neben dem rechten Wahlbündnis aus Netanyahus Likud und Avigdor Liebermans Yisrael Beitenu gehören der neuen Regierung, die über 68 der 120 Knessetsitze verfügt, drei weitere Parteien an: Die Anfang 2013 gegründete Zentrumspartei Yesh Atid, die der Siedlerbewegung nahestehende national-religiöse Partei HaBayit HaYehudi sowie die erst wenige Wochen vor der Wahl gegründete säkulare Zentrumspartei HaTnuah.

Netanyahus Bündnis Likud-Yisrael Beitenu ging aus den Wahlen deutlich geschwächt hervor, wurde jedoch erneut stärkste politische Kraft. Seine neuen politischen Gegenspieler wurden der große Wahlgewinner Yair Lapid, Vorsitzender von Yesh Atid und der durch die Wahl ebenfalls gestärkte Naftali Bennett, Vorsitzender von HaBayit HaYehudi. In den Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung schlossen Lapid und Bennett ein politisches Bündnis, das auf gemeinsamen innenpolitischen Reformvorstellungen beruhte und zwangen den politisch angeschlagenen Netanyahu, ihrem Reformpaket zuzustimmen. Im Ergebnis dessen kam es zur Bildung einer Regierung mit zwei Gesichtern. Außen- und sicherheitspolitisch konnte Netanyahu seinen Einfluss behaupten und besetzte die entsprechenden Ministerien mit Hardlinern und Siedlervertretern. Die Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik wird jedoch von Reformkräften dominiert. Ihre Vertreter leiten jene Ministerien, die für die Bereitstellung staatlicher und öffentlicher Dienstleistungen verantwortlich sind: Finanzen, Wirtschaft, Soziales, Gesundheit, Wohnungsbau, Bildung und Wissenschaft.

Die Zusammensetzung dieser Regierung widerspiegelt zwei scheinbar gegensätzliche Tendenzen in der israelischen Politik: Einerseits gibt es das in der sozialen Protestbewegung von 2011 und in den Forderungen nach Wehrdienstgerechtigkeit manifestierte Verlangen nach Wandel, nach einer Politik, die sozial gerechter, säkularer und inklusiver sein soll. Zugleich gibt es in der israelischen Bevölkerung im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, besonders im israelisch-palästinensischen Friedensprozess, eine starke Zustimmung zum Status Quo.

¹ Eine vollständige Auflistung aller Kabinettsmitglieder befindet sich am Ende dieser Ausgabe.

Zwei zentrale Herausforderungen, auf die die dritte Netanyahu Regierung deshalb Antworten finden muss, sind:

1) Wird die Regierung die Kraft und Entschlossenheit haben, die von vielen Israelis geforderten Reformen in den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Wehrdienstgerechtigkeit durchzusetzen? Werden Finanzminister Yair Lapid und seine Partei Yesh Atid, die sich im Wahlkampf zum Anwalt der wirtschaftlichen Interessen der israelischen Mittelschicht gemacht hatten, die in sie gesetzten großen Erwartungen zu erfüllen?

2) Was wird diese Regierung nach dem Israel-Besuch Barack Obamas und angesichts der intensiven Vermittlungsbemühungen von US-Außenminister John Kerry für den Friedensprozess tun? Werden weiter die Hardliner den Kurs bestimmen, die die Schaffung eines palästinensischen Staates ablehnen und die teilweise oder vollständige Annexion der Westbank anstreben? Oder wird Netanyahu sich mit den moderaten politischen Kräften verbünden, und substantielle Schritte in Richtung einer Friedenslösung unternehmen?

Seit die neue Regierung unter Benjamin Netanyahu am 18. März die Amtsgeschäfte übernommen hat, gibt es in Israel intensive Debatten über deren innen- und außenpolitischen Kurs. Nachfolgend stellen wir Ihnen die Positionen von zwei wichtigen Akteuren der innerisraelischen Diskussion zu diesem Thema vor. Sie analysieren die ersten 100 Tage der neuen Regierung.

Akiva Eldar, langjähriger Senior-Kolumnist von Ha'aretz und jetzt Journalist für das Nachrichtenportal Al-Monitor, kommt in seiner Analyse zu dem Schluss, dass diese Regierung aufgrund sehr unterschiedlicher, sich oftmals widersprechender ideologischer Positionen weder außen- noch innenpolitisch eine kohärente politische Agenda besitzt. Während Hardliner und Siedlervorteiler wie Wirtschaftsminister Naftali Bennett die Zwei-Staaten-Lösung rundweg ablehnten und damit die Vermittlungsbemühungen von US-Außenminister Kerry ganz direkt sabotierten, würden andere Regierungsmitglieder wie Justizministerin Tzipi Livni (HaTnuah) sich aktiv für den Friedensprozess einsetzen. Die gleiche Situation zeige sich in der Innenpolitik, wo die gegensätzlichen ideologischen Positionen das Bild einer in sich zerstrittenen Koalition ergebe. Dies zeige sich in den Debatten um ein neues Wehrdienstgesetz genauso wie in der Besetzung parlamentarischer Gremien. Im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik bedeute der von Finanzminister Yair Lapid vorgelegte neue Staatshaushalt eine Fortsetzung der neo-liberalen Politik der vorigen Regierung und damit eine Abwendung vom Auftrag der Wähler, die im Gefolge der sozialen Proteste vom Sommer 2011 eine Verbesserung der Lebensbedingungen und mehr soziale Gerechtigkeit gefordert hatten. Abschließend stellt Eldar fest, dass es für Premier Netanyahu nicht mehr lange möglich sei, auf diese Art zu regieren. Er werde sich entscheiden müssen, ob er mit Naftali Bennett als Partner die Siedlungs- und Besatzungspolitik fortsetzen oder gemeinsam mit der Obama-Administration und gemäßigt politischen Kräften in Israel an einer Friedenslösung arbeiten wolle. Ariel Sharon habe mit der Räumung des Gaza-streifens gezeigt, dass dies möglich sei und wie der Weg dorthin aussehen könne.

Aus der Sicht von **Dr. Yoaz Hendel**, Direktor des Jerusalemer Instituts für Zionistische Strategien, hat sich nach 100 Tagen Regierungszeit der neuen Koalition nichts Wesentliches gegenüber der Vorgängerregierung geändert. Er konstatiert eine deutlich begrenzte Handlungsfähigkeit dieser Regierung und erwartet nicht, dass sie außen- und sicherheitspolitisch substantiell neue Akzente setzen wird. Er sieht dafür folgende Gründe: 1) sehr unterschiedliche bis gegensätzliche Positionen der Koalitionsmitglieder; 2) einen in

der eigenen Partei geschwächten Premier Netanyahu, dem starke Parteichefs (Lapid, Bennett) als Koalitionspartner gegenüber stünden; 3) regionalen Entwicklungen wie Syrien oder Ägypten, die eine Bedrohung für Israel seien und wenig politischen Spielraum zuließen. Daher gäbe es derzeit praktisch keine Chancen, den israelisch-palästinensischen Konflikt zu lösen, zumal Mahmud Abbas einen Kampf gegen Israel führe, der die internationale Delegitimierung des Landes zum Ziel habe. Während es in Israel nur geringe Fortschrittserwartungen gäbe, seien es allein die Bemühungen der Obama-Administration sowie das Interesse der internationalen Gemeinschaft, die den Nahostkonflikt noch auf der internationalen Agenda hielten. Fortschritt ist für Yoaz Hendel nur durch Zwischenschritte möglich: Die Festlegung vorläufiger Grenzen, die Annektierung von Siedlungsblöcken durch Israel, die Anerkennung der Gebiete A und B als provisorischer entmilitarisierter Palästinenserstaat und die Verschiebung von Kernfragen des Konflikts auf künftige Verhandlungen. Die Wirtschaftspolitik ist der einzige Themenbereich, wo er ein kohärentes Agieren der Regierung konstatiert. Die Kürzungen des Staatshaushalts zeigten, dass alle Koalitionsparteien rechte wirtschaftliche Auffassungen teilten.

Dr. Ralf Hexel, Leiter FES-Büro Israel
Herzliya, 17. Juli 2013

Die ersten hundert Tage der dritten Netanyahu-Regierung

von Akiva Eldar

Die dritte Regierung von Benjamin Netanyahu unterscheidet sich von der Zusammensetzung seiner vorherigen beiden Regierungen. Der dramatische Machtverlust des Bündnisses Likud-Yisrael Beitenu hat Netanyahu zum Verzicht auf die traditionelle Partnerschaft mit den ultra-orthodoxen Parteien Shas und Vereinigtes Thora-Judentum gezwungen und den Regierungsbeitritt von Yesh Atid unter Yair Lapid, HaBayit HaYehudi unter Naftali Bennett und HaTnuah unter Tzipi Livni ermöglicht. Die Knesset-abgeordneten dieser drei Parteien, von denen das Schicksal der Regierung abhängt, gelangten dank des guten Willens ihrer Parteichefs ins Parlament. Sie wurden nicht auf dem üblichen Weg der *Primaries* [innerparteiliche Vorwahlen] gewählt. Sie sind weder einer Ideologie noch einem Parteiprogramm oder einer festgelegten Agenda verpflichtet. Viele von ihnen haben unterschiedliche, wenn nicht gar einander widersprechende Anschauungen in zentralen Fragen wie der Zwei-Staaten-Lösung, des Status der jüdischen Siedlungen, des Wesens der Demokratie, des Status der nichtjüdischen Minderheiten und der Rolle der *Halacha* [rechtliche Auslegung des schriftlichen Kanons der Thora] und der Rabbiner in der israelischen Gesellschaft.

Diese große Kluft kam Mitte Juni 2013 in einer Äußerung von Naftali Bennett über die außenpolitische Ausrichtung der Regierung zum Ausdruck: „Der Versuch, einen Palästinenserstaat in unserem Land zu errichten, ist erledigt.“ Dem fügte er hinzu: „Wer in Judäa und Samaria herumfährt weiß, dass das, was in den Korridoren von Annapolis und Oslo gesprochen wurde, nichts mit der Realität zu tun hat [...] das Wichtigste im Land Israel ist Bauen, Bauen und nochmals Bauen [...]. Unser Hauptproblem ist

nach wie vor die fehlende Bereitschaft der israelischen Führung, schlicht zu erklären, dass das Land Israel dem Volk Israel gehört. Wir sollten uns selbst und der Welt sagen, dass dieses Land seit 3000 Jahren uns gehört, dass es hier nie einen Palästinenserstaat gegeben hat und dass wir nie Besatzer waren. Das ist unser Haus, wir sind hier die Bewohner und nicht die Besatzer.“ Nach der Erklärung Bennetts stellte sich sein „Bruder“ Yair Lapid hinter die Zwei-Staaten-Lösung, und der Wissenschaftsminister Yaakov Perry, einer der Anführer der Yesh Atid-Partei, kritisierte Bennett heftig, indem er sagte, seine Erklärungen würden die Friedensanstrengungen beeinträchtigen sowie dem feinen Beziehungsgeflecht mit den Palästinensern und den Versuchen schaden, Vertrauen zwischen ihnen und den Israelis zu schaffen. Die Gründung eines Palästinenserstaates sei ein existentielles israelisches Interesse, sagte Perry. Die Zwei-Staaten-Lösung sei die einzige Lösung, die die Errichtung eines bi-nationalen Staates sowie das Ende des Zionismus verhindern könne.

Tzipi Livni, Vorsitzende von HaTnuah, Justizministerin und zuständig für die politischen Verhandlungen, warnte Anfang Juli, wenn es keinen außenpolitischen Fortschritt gebe, werde sich die europäische Öffentlichkeit nicht mit dem Boykott von Produkten jüdischer Siedlungen begnügen, sondern sämtliche israelischen Erzeugnisse meiden, da das Land nach ihren Worten als „kolonialistischer Staat“ eingestuft werde. Hierbei ist anzumerken, dass im April 13 Außenminister der 27 EU-Mitgliedstaaten den Beschluss bekanntgaben, Produkte aus jüdischen Siedlungen im Westjordanland speziell zu markieren, mit der Begründung, die Produkte seien korrekt zu bezeichnen, um eine Irreführung der Konsumenten zu vermeiden. Die härtere europäische Gangart gegenüber Netanyahu ist auf die israelische Siedlungspolitik in den C-Gebieten zurückzuführen, vor allem im Hügelgebiet um Hebron, und

die damit verbundene Entwurzelung der lokalen palästinensischen Bevölkerung, während der politische Prozess eingefroren bleibt. Die israelische Diplomatie führt in Europa ein Rückzugsgefecht ohne amtierenden Außenminister, denn dieser Posten ist für Avigdor Lieberman reserviert (vorausgesetzt, das Gerichtsurteil in seinem Prozess wird diese Tätigkeit weiterhin zulassen). Hinzu kommt ein bereits länger dauernder Streiks des diplomatischen Dienstes.

Netanyahu selbst manövriert weiterhin geschickt zwischen den Hindernissen und bleibt relativ unbeschadet. Dem italienischen Premierminister Enrico Letta sagte er bei dessen Besuch in Israel Ende Juni, er sei „bereit, im Verhandlungszelt zu sitzen, bis weißer Rauch aufsteigt.“ Äußerungen dieser Art lassen den Premierminister in der öffentlichen Meinung als mäßigenden Faktor erscheinen. Sie helfen ihm, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass die palästinensische Seite die Schuld für die Schwierigkeiten des US-amerikanischen Außenministers John Kerry trägt, die Verhandlungen wieder in Gang zu bringen. Zudem tragen sie dazu bei, von den Hintergrundgeräuschen seiner Koalitionspartner sowie selbst seiner Weggefährten an der Spitze des Likud, vor allem von Verteidigungsminister Moshe Ya'alon und dessen Vize Danny Danon, abzulenken. Bei einem Vortrag in einem Forschungsinstitut in Washington D.C., wenige Meter von Kerrys Amtssitz entfernt, bezeichnete Ya'alon, der als möglicher Nachfolger Netanyahus bei den nächsten Wahlen gehandelt wird, die Arabische Friedensinitiative als Finte („spin“) ab. Einige Tage zuvor hatte Kerry in seinem Amtssitz einen Vertreter der Arabischen Liga, den Premierminister von Katar, getroffen und ihn dafür gelobt, dass die Arabische Liga das Konzept des Gebietstauschs zwischen Israel und den Palästinensern unterstützt. Auf dem Höhepunkt der amerikanischen Anstrengungen, den Friedensprozess wieder in Gang zu bringen, sagte

Ya'alon, es gebe keine „Sofortlösungen“ für den Konflikt und schlug vor, sich deshalb mit Konfliktmanagement zu begnügen.

Danon wiederum tat in einem Zeitungsinterview Netanyahus Äußerungen als „Finte“ ab. Er behauptete, der Premierminister rufe nur deshalb zu Gesprächen mit den Palästinensern auf, weil er wisse, dass es zwischen Israel und ihnen nie zu einer Vereinbarung kommen wird. Sollte es dabei dennoch zu Fortschritten kommen, werde Netanyahu, so Danon, im Likud und in der Regierung auf Widerstand gegen die Zwei-Staaten-Lösung stoßen. Zudem erwähnte er die bekannte Tatsache, dass diese Lösung bislang weder im Kabinett noch in den Likud-Gremien beraten wurde. Danon kann nicht als „enfant terrible“ des Likud abgetan werden, seit er neulich neben dem Amt des Vize-Verteidigungsministers zusätzlich weitere wichtige Posten bekleidet, darunter das Amt des Vorsitzenden des internationalen Flügels der Partei *World Likud* und das Amt des Vorsitzenden des Zentralkomitees. Im Rahmen dieser Funktionen kann Danon Einfluss auf die Änderung des Parteistatuts nehmen, um die Vereinigung mit der Partei Yisrael Beiteanu zu verhindern und Netanyahu bei Friedensverhandlungen zu bremsen, sollte er den Palästinensern substantielle Zugeständnisse machen (z.B. indem er die Möglichkeit verhindert, die Habayit Hayehudi-Partei durch die Arbeitspartei zu ersetzen). Vize-Außenminister Ze'ev Elkin, der ebenfalls zum Flügel der radikalen Falken im Likud gehört, wurde zum Vorsitzenden des Büros für ideologische Fragen gewählt. Dass sich dieser Flügel der Kontrolle über die Likud-Fraktion bemächtigt hat, zeigt sich auch durch die Wahl des Extremisten Michael Kleiner zum Präsidenten des Parteigerichts. Er hatte 1015 Stimmen erhalten, Netanyahu Kandidat nur 450. Zusätzlich verlor Netanyahu seine drei einzigen liberalen Minister (Dan Meridor, Benny Begin und Michael Eytan), die ein Gegenwicht zum extrem rechten Flügel der Partei darstellten.

In den ersten hundert Tagen seit dem Amtsantritt der neuen Regierung konnte Netanyahu den US-amerikanischen Präsidenten Barak Obama zu seinem ersten Besuch in Israel und im Westjordanland seit Beginn seiner Präsidentschaft empfangen. Netanyahu war bestrebt, die Gespräche mit Obama auf die atomare Bedrohung durch den Iran und die Spannungen an der Nordgrenze aufgrund des Bürgerkrieges in Syrien sowie auf die Einmischung der Hizbollah bei den Kämpfen gegen die syrische Opposition zu konzentrieren. Der Premierminister wies darauf hin, dass nur noch wenig Zeit bleibt, bis der Iran die Atom-bombe erlangt und legte dar, dass die Palästinenser nicht reif für eine Friedensregelung seien. Obama hingegen sprach vor allem die Befürchtung an, der Friedensprozess mit den Palästinensern könnte ganz zum Erliegen kommen und die Palästinensische Autonomiebehörde zerfallen, sowie den Streit mit der Türkei und die Gefahr einer Ausweitung des Konflikts in den besetzten Gebieten zu einem regionalen Krieg. Er wandte sich zudem in einer bewegenden Rede an die israelische Öffentlichkeit und rief sie auf, ihre politischen Vertreter eindringlich aufzufordern, eine Friedensregelung zu erreichen, die den Konflikt beendet. In der Iranfrage bekräftigte Obama die US-amerikanische Verpflichtung, eine iranische Aufrüstung mit Atomwaffen zu verhindern, auch zum Preis von Gewaltanwendung seitens der USA. Andererseits lehnte er erneut die Forderung Netanyahus ab, den diplomatischen Bemühungen und der Sanktionspolitik eine Deadline zu setzen.

Der Sieg Hassan Rohanis bei den iranischen Präsidentschaftswahlen stellt Netanyahu vor die Herausforderung, die iranische Bedrohung ganz oben auf der internationalen Agenda zu halten. So warf er den westlichen Staatsführungen vor, sich vom Trugbild des vermeintlich gemäßigten Führers täuschen zu lassen und die Wahl eines Mannes, der Israel als „großen Satan“ bezeich-

net hat, voreilig zu begrüßen. Netanyahu macht seither unermüdlich darauf aufmerksam, dass der Oberste Führer, Ayatollah Ali Chamene'i, die Atompolitik des Iran bestimmt und nicht der Präsident.

Netanyahu konnte Staatspräsident Shimon Peres, dem beliebtesten Politiker in Israel, bisher nicht davon überzeugen, seinen Widerstand gegen die Durchführung einer Militäraktion gegen den Iran ohne amerikanische Zustimmung aufzugeben. Die Haltung von Peres findet breite Unterstützung in der Führung des israelischen Militärs und der Sicherheitsorgane, die den Kabinettsmitgliedern nachdrücklich raten, auf ein außen- und sicherheitspolitisches Abenteuer zu verzichten. Dies besonders in einer Zeit, in der die gesamte Region von der Türkei bis Ägypten von gewaltigen Erschütterungen heimgesucht wird. In Bezug auf die Türkei gab Netanyahu der eindringlichen Bitte Obamas statt, sich beim türkischen Ministerpräsidenten Erdogan für die Tötung von türkischen Staatsbürgern beim Zwischenfall auf der Mavi Marmara zu entschuldigen. Die Verhandlungen über die Entschädigungszahlungen an die Familien der Getöteten kommen jedoch nur schleppend voran. Deshalb hat die Türkei ihren Botschafter noch nicht nach Israel zurückentsandt. Zudem lastet die Absicht Erdogans, Gaza zu besuchen, um seine Opposition gegen die israelische Blockadepolitik zu unterstreichen, auf den Beziehungen zwischen Jerusalem und Ankara.

Die erste gesetzgeberische Herausforderung der neuen Regierung bestand darin, der Losung nach einer „gleichen Verteilung der Lasten“ die Form einer gesetzlichen Regelung zu geben, die es erlaubt, die Befreiung der Ultra-Orthodoxen vom Militärdienst einzuschränken, ohne die roten Linien der Ultra-Orthodoxen und der national-religiösen Gesellschaft (das in den Militärdienst eingebundene Thora-Studium) zu überschreiten.

Ende Mai legte die Ministerkommission für die gleiche Verteilung der Lasten unter dem Vorsitz von Minister Ya'akov Perry einen Vorbericht zur vorgeschlagenen Wehrdienstreform vor. Laut dem Vorschlag müssen sich Ultra-Orthodoxe spätestens im 21. Lebensjahr dem Militärdienst stellen, mit Ausnahme von 1800 „Genies der Thora“, die jährlich vom Dienst freigestellt werden sollen. Der Bericht deckte erstmals die widersprüchlichen Anschauungen und Interessen der einzelnen Koalitionspartner auf. Die national-religiöse HaBayit HaYehudi-Fraktion widersetzte sich Artikel 39 in Sachen Verhängung strafrechtlicher Sanktionen gegen Wehrdienstvermeider, solange die jährlichen Quoten der Übergangsregelung nicht vollständig genutzt sind. Minister Uri Ariel von HaBayit HaYehudi beschuldigte Perry, gegen die Vereinbarung zwischen den beiden Parteien zu verstoßen und einen Keil zwischen die ultra-orthodoxe Gesellschaft und die übrige Bevölkerung zu treiben. Die Spannungen zwischen den Fraktionen griffen auch auf Likud-Yisrael Beitenu über. Verteidigungsminister Moshe Ya'alon behauptete, die Empfehlungen der Perry-Kommission seien eine grobe Verletzung der Koalitionsvereinbarung und drohten die historische Gelegenheit zu vereiteln, die Last des Militärdienstes sowie die finanzielle Belastung der Bürger gleichmäßiger zu verteilen. Ein weiterer Koalitionsstreit entbrannte über die Frage, ob dieses Gesetz auch für die arabischen Bürger gelten soll. Dies ist eine Forderung, die von MK Lieberman erhoben und vom Vorsitzenden der Likud-Beitenu Fraktion Yariv Levin, von Vize-Verteidigungsminister Danon und vom Minister für innere Sicherheit Yitzhak Aharonovitch unterstützt wurde.

Ein Gesetzesvorschlag zur Evakuierung von 30.000 - 40.000 Beduinen vom dem von ihnen bewohnten Land (Praver-Plan) offenbarte die Zerbrechlichkeit dieser Koalition ein weiteres Mal. Der Gesetzesvorschlag wurde in erster Le-

sung in der Knesset mit knapper Mehrheit angenommen (43 Abgeordnete dafür, 40 dagegen). Kein Minister vom Likud war jedoch bereit, die Position der Regierung im Plenum zu vertreten, so dass der Sozialminister Meir Cohen von Yesh Atid für diese Aufgabe einspringen musste. Die arabischen Knessetmitglieder zerrissen die Gesetzesvorlage demonstrativ während der Debatte, und einer von ihnen wurde des Saales verwiesen. Die Gegner der Vorlage erklärten, dass die osmanische und die britische Herrschaft die Besitzrechte der Beduinen an diesem Land anerkannt hätten. Zu diesem Schluss kam auch eine Expertenkommission, die die israelische Regierung in den 1960iger Jahren eingesetzt hatte. Die Vereinten Nationen bezeichneten den erwähnten Plan in der Vergangenheit als „diskriminierend und rassistisch“.

Zusätzlich zum problematischen ideologischen Puzzle hat Netanyahus Koalition mit schweren disziplinarischen Problemen zu kämpfen. Eine große Zahl von Knessetmitgliedern (48) sind neu in der Politik und halten sich nicht an Koalitionsrichtlinien. Bereits in ihrer ersten Sitzung scheiterte die Koalition bei der Wahl der Knessetmitglieder für die Kommission zur Ernennung von Richtern. MK Isaac Herzog von der oppositionellen Arbeitspartei erhielt 78 Stimmen, MK Yitzchak Cohen von der ebenfalls in der Opposition befindlichen Shas erreichte 65 Stimmen während die Kandidatur von David Rotem von Likud-Beitenu nur von 61 Abgeordneten unterstützt wurde. Als Folge davon wurden entgegen zwanzigjähriger Praxis, diese wichtige Kommission paritätisch mit je einem Vertreter der Koalition und der Opposition zu besetzen, zwei Vertreter von Oppositionsparteien gewählt. Ein weiterer symbolischer Sieg der Opposition war die Annahme einer parlamentarischen Anfrage von MK Yitzik Shmuli (Arbeitspartei) und Menahem Eliezer (Vereinigtes Thora-Judentum), beide in der Opposition, zum Thema ungenaue Schät-

zungen der Staatseinnahmen durch das Finanzministerium. Das „Amar-Gesetz“, das Chefrabbiner Amar eine weitere Amtszeit ermöglichen sollte, wurde von der Koalition zurückgezogen, nachdem sich herausgestellt hatte, dass es ihr nicht gelungen war, die erforderliche Mehrheit zu erreichen, trotz vorheriger Absprachen zwischen Likud-Beitenu und HaBayit HaYehudi.

Ein Gesetzesvorstoß, den MK Levin zusammen mit MK Ayelet Shaked (HaBayit HaYehudi) vorbrachte, das „Nationalstaatsgesetz“, dessen Zweck es war, den jüdischen Charakter des Staates Israel zu festigen und ihn der demokratischen Grundordnung überzuordnen, geriet ebenfalls in Schwierigkeiten. Die Minister Lapid und Livni kündigten in der Ministerkommission für Gesetzgebung ein Veto gegen den Gesetzesentwurf an. Dieser Gesetzesentwurf sah vor, dass das Recht auf Selbstbestimmung in Israel dem jüdischen Volk vorbehalten bleibt, und das Land Israel nicht die Heimat anderer Völker sein kann. Der Versuch der beiden Politiker, ihren Vorschlag mit dem Entwurf von MK Ruth Calderon (Yesh Atid) zu vereinen, die ein Gesetz mit Grundgesetzstatus verabschieden wollte, das die Artikel der Unabhängigkeitserklärung aufnehmen soll, scheiterte ebenfalls. Im Gespräch mit Medienvertretern räumte der Likud-Beitenu Fraktionsvorsitzende Levin ein, die Regierung beruhe auf einer zerbrechlichen Koalition und dass er Gespräche führe, um die Koalitionsbasis zu erweitern. Die derzeitige Regierung und deren Zusammensetzung seien das Resultat des Vetos, das Yesh Atid und HaBayit HaYehudi gegen die Aufnahme weiterer Koalitionspartner eingelegt hatten, sagt Levin und fügt hinzu: „Ich habe das Gefühl, dass nach der kurzen Zeit, die seit der Bildung der Regierung vergangen ist, auch dort die Einsicht durchzusickern beginnt, dass das ein Fehler war und dass das Wohl des Staates sowie der Wille, weitreichende Vorhaben auf den Weg zu bringen, eine breitere Basis erfordern als sie

derzeit vorhanden ist.“ Levin tröstete sich damit, dass es ihm gelang, wenigstens das von Yesh Atid eingebrachte Gesetz zur Gewährleistung der Regierbarkeit voranzubringen. Die Ministerkommission für Gesetzgebung nahm den Gesetzesvorschlag an. Darin geht es in erster Linie um die Erhöhung der Sperrklausel bei Wahlen auf 4% (auf 3% bei den nächsten Wahlen und auf 4% ab den Wahlen danach), um die Abschaffung des Gesetzes, wonach die Knesset aufgelöst wird, wenn der Staatshaushalt für das laufende Jahr bis Ende März nicht verabschiedet ist, um die Beschränkung der Anzahl von Ministern und Vizeministern sowie um die Festlegung einer besonderen Mehrheit von 65 Knessetabgeordneten bei Misstrauensvoten.

Zusätzlich zur instabilen Situation in der Koalition und in der eigenen Partei musste sich Netanyahu auch mit Erschütterungen in seiner nächsten Umgebung befassen. Der Chef des Rates für Nationale Sicherheit, General a.D. Yaacov Amidror, wird demnächst von seinem Amt zurücktreten. Das Amt des Premierministers gab bekannt, das Datum des Rücktritts sei im Voraus festgelegt worden. Doch es gab auch Einschätzungen, dass der Rücktritt Amidrors, eines engen Vertrauten des Premiers, auf seine „zu linken“ Äußerungen (besonders in der Frage der Entschuldigung gegenüber der Türkei und die Äußerung, dass die Bautätigkeit in jüdischen Siedlungen Israel außenpolitischen Schaden zufüge) sowie auf einen Kompetenzstreit mit dem Minister für internationale Beziehungen, Yuval Steinitz, zurückzuführen sei. Anfang Juli wurde bekanntgegeben, dass der Stabschef im Büro des Ministerpräsidenten, Gil Shefer, seinen Posten aufgrund einer 15 Jahre zurückliegenden Klage wegen sexueller Belästigung demnächst räumen wird. Im Februar dieses Jahres wurde sein Vorgänger, Natan Eshel, aufgrund einer Klage seiner Sekretärin wegen mehrfacher Belästigung entlassen. Der Regierungssekretär Zvi Hauser

und der Presseberater Yoaz Hendel, der die Klägerin unterstützte, büßten deswegen das Vertrauen Netanyahu ein und entschlossen sich zum Rücktritt. Auch der politische Berater Ron Dermer gab seinen Posten auf.

Netanyahu muss sich mit dem ernstesten Phänomen von gewalttätigen rassistischen Aktionen gegen palästinensische israelische Bürger auseinandersetzen. Jüdische Schläger beschmierten Wände mit Graffiti und zerstörten Eigentum in Ortschaften wie Abu Gosh, die als Symbol der jüdisch-arabischen Koexistenz gelten. Die Justizministerin Livni, der Minister für innere Sicherheit Aharonovitch und der Chef des Inlandgeheimdienstes Shin Bet, Yoram Cohen, empfahlen der Regierung, die Aktivisten der „Preisschildpolitik“ zur Terrorgruppe zu erklären. Netanyahu begnügte sich damit, dem Verteidigungsminister die Kompetenz zu geben, sie als „illegale Vereinigung“ einzustufen, um einen Konflikt mit seinen rechtsextremen Partnern zu vermeiden und keine Koalitionskrise zu riskieren. Deshalb haben die arabischen Opfer kein Anrecht auf Entschädigung durch die Nationalversicherung als Geschädigte feindseliger Handlungen und sind gezwungen, die ihnen zugefügten Schäden auf eigene Kosten zu beheben. Zudem beschloss die Polizei, die neue Einheit, die für solche Fälle vorgesehen ist, nur im Bezirk Judäa und Samaria und nicht in Israel selbst einzusetzen. Somit lagen Vorfälle wie die Beschädigung des Eigentums von Bewohnern von Abu Gosh nicht in ihrer Zuständigkeit.

In den nächsten Wochen wird sich Netanyahus Koalition mit einer ersten Runde von öffentlichen Protesten gegen ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik auseinandersetzen müssen. Ein Großteil der öffentlichen Wut richtet sich direkt gegen Lapid, dessen Wahlerfolg auf die erzeugte Stimmung durch die Sozialprotest 2011 zurückzuführen ist. Mit seiner Partei Yesh Atid erreichte er 19 Sitze

und war der große Wahlgewinner; hundert Tage nach Netanyahus (dritter) Regierung kann mit Sicherheit festgehalten werden, dass der neo-liberale Sieg absolut war. In den ersten hundert Tagen gab es seitens der Regierung keine Versuche das Land von seinen ökonomischen Erkrankungen zu heilen, gegen die sich die israelische Öffentlichkeit auflehnte: Die Konzentration von Ressourcen in den Händen einer Handvoll Tycoons, die große gesellschaftliche Kluft, die teure Lebenshaltung, die in keinem Verhältnis zu den Löhnen steht, und vor allem die Tatsache, dass auch arbeitende Menschen vor Armut nicht geschützt sind.

Lapids Ernennung zum Finanzminister passte zu seiner Absichtserklärung, sich auf die Verbesserung der Lebensqualität der Bürger zu konzentrieren. Doch unmittelbar nach dem Amtsantritt gab Lapid bekannt, dass das Haushaltsdefizit größer als erwartet ausgefallen sei und die Regierung schmerzliche Maßnahmen treffen müsse, um die Wirtschaft zu stabilisieren. Der Mitte Juni in erster Lesung verabschiedete Staatshaushalt zeigt, dass die Art und Weise, wie es nach Lapids Auffassung geschehen soll, nichts anderes als die Fortsetzung der neo-liberalen Politik bedeutet, die die letzten Netanyahu-Regierungen prägte. Der neue Staatshaushalt beläuft sich auf 388,3 Mrd. Shekel (rund 82 Milliarden Euro). Die Kürzung des Kindergelds, die Ausdünnung des staatlichen garantierten Medikamentenkorbes sowie der Bruch einer Verpflichtung zu unentgeltlicher Zahnpflege für Jugendliche, die die letzte Regierung eingegangen war, die Privatisierung des Arbeitsamtes („Wisconsin-Plan“), die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 18%, die Erhöhung der Einkommensteuer um 1,5% für alle Bevölkerungsschichten sowie die Besteuerung von rund 400.000 Hausfrauen, wovon 54% den drei untersten Einkommensdezielen angehören, sind in diesen Haushalt bereits einberechnet. Die Kritiker der Wirtschaftspolitik le-

gen dar, dass die Regierung andere Möglichkeiten gehabt hätte, dem Haushaltsdefizit, das sie von der vorherigen Regierung geerbt hat, zu begegnen. Zum Beispiel durch die selektive Erhöhung der Einkommenssteuer bei hohen Einkommen oder dadurch, dass den großen Konzernen die gesetzlich festgelegte Steuer berechnet wird. Die Ernennung Prof. Jacob Frenkels zum Chef der israelischen Zentralbank passt zu diesem Trend. Der Umstand, dass er sozial orientierten Kandidaten vorgezogen wurde, deutet darauf hin, dass die Chicagoer Schule von Milton Friedman weiterhin den Ton in der Regierung angeben wird.

Netanyahu ist es gelungen, die ersten hundert Tage trotz eines schlingernden Koalitionsschiffes, einer hinkenden Partei und einem zerfallenden Mitarbeiterstab zu überstehen. Er behält ständig die Option im Auge, eine andere Koalition zu bilden, in der die Arbeitspartei, Shas und das Vereinigte Thora-Judentum seinen Koalitionspartner HaBayit HaYehudi und das Duo Ya'alon-Danon ersetzen würden. Eine solche Koalition würde ihm die Räumung der Westbank ermöglichen und einer endgültigen Friedensregelung mit den Palästinensern näherkommen. Dazu müsste er aber zunächst den Kreis seiner Vertrauten und Helfer durchbrechen und den Likud zerlegen, wie es Ariel Sharon getan hatte, nachdem jener die Räumung des Gazastreifens beschlossen hatte.

Wie auch immer, es naht die Stunde der Wahrheit. Netanyahu wird nicht weiter in der Lage sein, Siedlungen ausbauen und gleichzeitig gute Beziehungen zu Obama und seiner Administration aufrechtzuerhalten, er kann sich nicht weiterhin weigern einen Vorschlag für den endgültigen Grenzverlauf vorzulegen und gleichzeitig den Niedergang von Israels Position in Europa verhindern. Netanyahu kann nicht weiterhin von der internationalen Gemeinschaft verlangen, den Iran

zu bremsen und zugleich deren Standpunkt zur Besetzung ignorieren. Er kann nicht Bennett überzeugen, dass er keinerlei Absicht habe, auch nur einen Millimeter Land aufzugeben und gleichzeitig Livni weiszumachen, dass es in seinen Augen nichts wichtigeres gibt, als die Teilung des Landes zwischen dem Staat Israel und Palästina.

Akiva Eldar schreibt als Journalist für das Nachrichtenportal Al Monitor. Er war Senior-Kolumnist, diplomatischer Korrespondent und Leiter des US-Büros von Ha'aretz. Sein letztes Buch (mit Idith Zertal) war *Die Herren des Landes*, über die jüdischen Siedlungen.

Nichts Neues: Die ersten hundert Tage der dritten Regierung Netanyahu

Von Dr. Yoaz Hendel

Nach den ersten hundert Tagen von Benjamin Netanyahus dritter Regierung ergibt sich folgendes Fazit: Es hat sich kaum etwas geändert. Trotz einer neuen Zusammensetzung mit jungen und frischen Elementen setzt diese Regierung die Politik der vorherigen Regierung Netanyahus fort. Dies gilt für die Wirtschaftspolitik genauso wie für die Außen- und Sicherheitspolitik. Der einzige Unterschied zwischen der letzten und der jetzigen Regierung liegt in der Innenpolitik, und selbst da sind die Unterschiede bislang nur deklarativer Art. Es bleibt abzuwarten, was wirklich umgesetzt wird. Dass die neue Regierung kaum neue Akzente setzen kann, liegt hauptsächlich an den Sachzwängen der gegebenen Realität und an den jüngeren Entwicklungen. Couragierte politische Führer können mutige Vorschläge machen und mutige Entscheidungen treffen, doch ob sich die israelische Außen- und Sicherheitspolitik auch nur geringfügig ändern lässt, ist stark zu bezweifeln.

Von der Frage des Mutes abgesehen ist Premierminister Netanyahus Position jetzt schwächer als in der vergangenen Amtsperiode. Die politische Liaison mit der Partei Yisrael Beiteanu hat bei den Wahlen nicht die erhofften Resultate gebracht. Der Likud, Netanyahus Partei, hat an Stärke eingebüßt, der Einfluss der Partei in der Regierung ist entsprechend gesunken. Aufgrund der Bedingungen, die der Chef des wichtigsten Koalitionspartners, Yair Lapid (Yesh Atid), für die Teilnahme am Regierungsbündnis gestellt hatte, wurde auch die Kabinettsgröße verringert, so dass sich Netanyahu von Parteichefs und Ministern jener Parteien umgeben findet, die nicht zu seinen natürlichen Bündnispartnern gehören, wie es in der vergangenen Amtsperiode der Fall gewesen war. Die Wahlergebnisse führten zudem

zum Entstehen einer inneren Opposition innerhalb des Likud. Während in der letzten Amtsperiode ein „Arbeitsfrieden“ herrschte, ist die derzeitige Regierung schon von Anfang an von innerer Opposition geprägt.

Als größtes thematisches Paradox erweist sich die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts nach der Formel „Zwei Staaten für zwei Völker“. Netanyahu hatte sich als Führer der israelischen Rechten öffentlich zu einer Lösung bekannt, die westlich des Jordan ein weiteres souveränes Gemeinwesen vorsieht, also zur Zwei-Staaten-Lösung. Zum ersten Mal hatte sich damit ein politischer Führer des rechten Lagers ausdrücklich diese Formel zu Eigen gemacht. Das linke Lager kritisierte diese Erklärungen als unglaubwürdig, von rechts wurde Netanyahu vorgeworfen, einem solchen Plan überhaupt zuzustimmen. Die von Netanyahu angeordnete Einfrierung der Bautätigkeit in den jüdischen Siedlungen betraf auch Gebiete, die im Rahmen jedes denkbaren zukünftigen Abkommens (nach dem Clinton-Plan) Teil des Staates Israel bleiben sollen, so etwa die Siedlungsblöcke und Stadtquartiere von Jerusalem. Trotzdem wurde ihm nachgesagt, er versuche auf Zeit zu spielen. Während die Geschicke des Landes in der letzten Amtsperiode von einer klar rechten Regierung gelenkt wurden, ging aus den Wahlen eine Regierung hervor, die stärker dem Zentrum zuneigt, deren Handlungsspielraum aber aufgrund von unterschiedlichen Anschauungen ihrer Mitglieder begrenzt ist.

Auf der rechten Seite werden Netanyahu von Naftali Bennett, dem Chef von Habayit HaYehudi, Grenzen gesetzt. Bennett repräsentiert eine große Gruppe von gemäßigt-religiösen Israelis mit rechter Weltanschauung. Im Verlaufe des Wahlkampfes gliederte er zudem eine weitere, noch rechttere Partei namens Tekuma in seine Partei ein, die die radikalere Strömung der Sied-

lerbewegung vertritt. Nach einigen Krisen im persönlichen Verhältnis zwischen Bennett und Netanyahu, schloss sich Ersterer als hochrangiger Minister der neuen Regierung an. HaBayit HaYehudi ist bestrebt, den innenpolitischen Konflikt um die Palästinafrage zu marginalisieren, d.h. sich so zu verhalten, als gäbe es sie gar nicht. Die Partei hat erklärt, dass sie Verhandlungen mit den Palästinensern solange zulässt, als diese nicht zur Räumung von Siedlungen führten. Andernfalls würde man die Regierung verlassen. Da diese Partei aus zwei Teilen besteht, ist davon auszugehen, dass sie sich spalten wird, wenn es zur genannten Entwicklung kommt.

Links von Netanyahu sind in der Regierung zwei Parteien vertreten. Die Partei von Tzipi Livni (HaTnuah), die eine linke außenpolitische Anschauung vertritt. Ihr Einfluss ist gering. Trotz ihrer Mitwirkung an Verhandlungen, kann sie nicht als entscheidende Kraft auftreten. Livnis Wahlprogramm konzentrierte sich auf die Lösung des Konflikts mit den Palästinensern. Ihr schlechtes Abschneiden bei den Wahlen deutet auf das fehlende Vertrauen der Israelis in die Umsetzung dieser Möglichkeit hin. Die stärkste Partei in der Regierung mit Ausnahme des Likud ist jene von Finanzminister Yair Lapid (Yesh Atid). Bevor er in die Politik ging, galt Lapid als Mann mit linkszionistischen Standpunkten, als Befürworter eines territorialen Kompromisses. Im Verlaufe des Wahlkampfes rückte er in außenpolitischen Fragen jedoch stärker ins Zentrum. Bei den Koalitionsverhandlungen schmiedete er dann schließlich ein Bündnis mit HaBayit-HaYehudi-Chef Naftali Bennett, wodurch seine außenpolitischen Positionen noch mehr Profil einbüßten. Lapid wird Netanyahu bei einem etwaigen Verhandlungsprozess und bei der Entscheidungsfindung unterstützen, doch es ist nicht zu erwarten, dass er Netanyahu angreift, wenn solche Schritte nicht gelingen sollten.

Mit Ausnahme der HaTnuah-Partei von Tzipi Livni erwartet keine Regierungspartei, dass die Palästinafrage wirklich gelöst werden könnte. Der Besuch von Präsident Barack Obama, John Kerrys Pendeldiplomatie und das Interesse der internationalen Gemeinschaft sorgen jedoch dafür, dass dieses Thema auf die Tagesordnung kommt, wenn auch ohne große Erwartungen. Doch die amtierende israelische Regierung setzt sich mit der Palästinafrage auf die gleiche Art auseinander wie es die vorherige Regierung tat, und spricht genauso von einer Zwei-Staaten-Lösung wie die früheren israelischen Mitte-Links-Regierungen. Da hat sich wenig geändert.

Um zu verstehen, welche Grenzen den Handlungsspielräumen der Koalitionspartner in dieser Regierung gesetzt sind, muss man die Faktoren kennen, die das politische Gleichgewicht in Israel in der Vergangenheit beeinflusst haben. Ab 1977, im Jahr des ersten politischen Umbruchs in Israel, als die Rechte die Staatsführung von der Linken übernahm, etablierte sich ein quantitatives und ideologisches Gleichgewicht zwischen diesen beiden Lagern. Die konservative Rechte glaubte an das Recht des Staates Israel, sämtliche „biblischen“ Gebiete behalten zu dürfen, die 1967 in einem Krieg erobert wurden, der Israel von den arabischen Staaten aufgezwungen wurde. Die israelische Linke glaubte hingegen an die Unerlässlichkeit eines territorialen Kompromisses bezüglich dieser Gebiete, um den Bewohnern des Westjordanlandes die Gründung eines eigenen Staates zu ermöglichen. Die Frage des Palästinenserstaates entwickelte sich zum Streitpunkt zwischen den beiden fast gleich großen Lagern. Die Friedensfrage, vom linken Lager so bezeichnet, wurde zum Hauptstreitpunkt. Die letzten Wahlen wichen, wie erwähnt, wesentlich vom Muster der bisherigen Wahlen ab. Die Tatsache, dass der Likud erneut Regierungspartei wurde, ist nicht auf die Zufriedenheit mit Netanyahu als Premierminister zurückzuführen, son-

dem direkte Folge der realen Vorgänge, nämlich einer Anhäufung von innen- und regionalpolitischen Umwälzungen, aufgrund denen die meisten Israelis die Chancen auf Frieden in der Region inzwischen skeptisch beurteilen.

Rückblickend wurde das Vertrauen in solche Friedensmöglichkeiten durch den Ausbruch der zweiten Intifada erstmals ernsthaft erschüttert. Während die Palästinensische Autonomiebehörde unter Yassir Arafat einen Dialog mit dem damaligen israelischen Premierminister Ehud Barak führte, setzte eine mörderische Terrorkampagne in Israels Städten ein. Hinter den dafür verantwortlichen Terrororganisationen standen Arafats Leute, die noch wenige Monate zuvor Partner des Friedensprozesses gewesen waren. Je mehr die israelische Linke angesichts des Terrors an den Schlagwörtern der Peace Now-Bewegung festhielt, desto mehr distanzierte sich die Öffentlichkeit vom linken Lager. Die Folge war der Wahlsieg – und damit die Machtübernahme – des damaligen Anführers des rechten politischen Lagers, Ariel Sharon. In jenem Zeitabschnitt wurde der Terror mit militärischer Macht niedergeschlagen, worauf die erste strategische Kehrtwende in der politischen Landschaft Israels erfolgte.

Ariel Sharon, einer der Architekten des Siedlungswerks, der im Einklang mit der konservativen Ideologie der von ihm geführten Likud-Partei erklärt hatte, er werde den Gazastreifen nicht räumen, setzte 2005 einen Plan zum Rückzug aus dem Gazastreifen um, den die israelische Linke jahrelang gefordert hatte.

Die Räumung des Gazastreifens war von einem gewaltigen nationalen Trauma begleitet. Jüdische Siedler wurden aufgrund einer legitimen demokratischen Entscheidung zwangsweise umgesiedelt. Die israelische Öffentlichkeit unterstützte mehrheitlich den Standpunkt Sharons, der die einseitige Räumung des Gazastreifens für

eine Notwendigkeit hielt. Ebenso akzeptierte sie sein Argument, dass Israel nach der erfolgten Entflechtung nicht mehr an den Gazastreifen gebunden sei und dort von relativer Ruhe profitieren werde. Nach dem Motto, jeder solle dort wohnen, wo er hingehört, sie dort und wir hier. Die Wirklichkeit vor Ort machte diesen Plänen jedoch einen Strich durch die Rechnung. Im Gazastreifen wurden demokratische Wahlen abgehalten, und die Hamas, eine Terrororganisation, die das Existenzrecht Israels nicht anerkennt, kam an die Macht. Die Vertreter der Palästinensischen Autonomiebehörde wurden auf brutale Weise beseitigt, und der Gazastreifen entwickelte sich zur ständigen Bedrohung Südisraels. Die Jahre seither waren vom Beschuss israelischer Ortschaften im Süden mit Tausenden von Raketen, von Militäractionen gegen den Gazastreifen mit den damit verbundenen Opfern sowie vom Mitmischen des Iran an Israels Südgrenze geprägt. Diese Realität führte die meisten Israelis erstmals zu der Erkenntnis, dass die alte Formel „Land gegen Frieden“ nicht richtig funktioniert. Besonders angesichts der Tatsache, dass unklar bleibt, wer die geräumten Gebiete „am Tag danach“ kontrollieren soll.

Die Kadima-Partei unter Ariel Sharon veränderte das politische Kräftegleichgewicht. Sie stellte sich zwischen die Rechte und die Linke und setzte den Entflechtungsplan um. Doch dann verschwand Sharon von der Bildfläche und Ehud Olmert löste ihn als Regierungschef ab. Olmert hatte im rechten politischen Lager Karriere gemacht, aber inzwischen linke Standpunkte übernommen, genau wie Tzipi Livni, die derzeit der Regierung angehört. Olmerts Plan für einen Frieden mit den Palästinensern enthielt die größten Zugeständnisse, die jemals von israelischer Seite angeboten wurden, doch es fehlte die öffentliche Unterstützung in Israel und ein positives Signal von der anderen Seite.

Die Bildung der letzten Regierung Netanyahus im Jahr 2009 beruhte auf den Ergebnissen von Wahlen, bei denen das Kräfteverhältnis zwischen den politischen Lagern beinahe ausgeglichen war. Die israelische Öffentlichkeit war bereit, auch seinen Gegenspielern, also jener Partei, die den Entflechtungsplan im Gazastreifen umgesetzt hatte, eine weitere Chance zu geben. Doch Netanyahu war es vor viereinhalb Jahren schließlich gelungen, die Regierung zu bilden, die aus seiner Sicht ideal zusammengesetzt war: Er ging eine Koalition mit den ultra-orthodoxen Kräften ein, die ihm das Amt des Premierministers sicherten. Die Ultra-Orthodoxen in Israel beschäftigen sich sehr intensiv mit den Bereichen Staat und Religion. In der Außen- und Sicherheitspolitik sind sie weniger stark involviert. Netanyahu betrachtet sie als natürliche Bündnispartner. Die jetzige Regierung wurde nur deshalb ohne ultra-orthodoxe Beteiligung gebildet, weil Netanyahu keine Wahl hatte. Obwohl der Premierminister eine ganze Amtsperiode durchgehalten hatte, bekam er nun eine Regierung, die nicht seinen Wünschen entsprach.

Vergleicht man die frühere und die jetzige Situation miteinander, ist fest zu stellen, dass die jeweiligen Regierungen im Gegensatz zu ihrem wahren Inhalt wahrgenommen werden. Gerade in der Amtsperiode der letzten, als rechts geltenden Regierung Netanyahus, vollzog der international als konservativ wahrgenommene Premierminister eine Kehrtwende und verpflichtete sich zum Konzept der Zwei-Staaten-Lösung, einer Vision, die sich in der israelischen Linken entwickelt hatte. Dies, nachdem sich die Rechte jahrelang geweigert hatte, die Gründung eines Palästinenserstaates ins Auge zu fassen, aus Furcht, ein solcher Staat könnte sich rasch zu einem Terrorstaat wandeln. Gestützt auf die verhängnisvolle israelische Erfahrung mit dem Gazastreifen war es Netanyahu, der in seiner Rede an der Bar Ilan-Universität eine andere Richtung ein-

schlug. Seine Erklärung verwischte die ideologischen Grenzen zwischen links und rechts.

Diese verwischten Grenzen kommen auch in der jetzigen Regierung zum Ausdruck. Der Handlungsspielraum für Änderungen hingegen ist verschwunden. Das Bündnis zwischen den verschiedenen Koalitionsparteien entspricht nicht ihren natürlichen Neigungen. Sie unterscheiden sich nicht mehr hauptsächlich durch ihre Visionen und Ideologien, sondern nur noch zwischen Optimismus und Pessimismus in Bezug auf den Friedensprozess. Die jetzige Regierung setzt sich seit dem ersten Tag ihrer Amtsperiode mit den regionalen Änderungen und deren Folgen auseinander. Was früher als undurchsichtiger Kampfnebel galt, hat sich inzwischen gelichtet und beeinflusst nun die Entscheidungsfindung auf israelischer Seite auch in der Palästinafrage. Der Arabische Frühling, eine Codebezeichnung für die derzeitigen Umwälzungen im Nahen Osten, hat sich allmählich von einer Chance der Demokratisierung zu einer Bedrohung der israelischen Demokratie gewandelt.

In Syrien haben Elemente des Dschihad und der al-Qaida bewaffnete Milizen gebildet. Diese Organisationen bekämpfen einen erklärten Feind Israels, Assad, der wiederum von der Hizbollah und dem Iran unterstützt wird. Israel hat ein klares Interesse an der Schwächung der iranischen Position in der Region, ist aber gleichzeitig auch daran interessiert, dass Syrien stabil bleibt und sich die Grenze auf den Golanhöhen nicht in eine Kampfzone verwandelt. Der israelische Durchschnittsbürger sieht die Vorgänge in Syrien und erinnert sich an die verschiedenen Friedensinitiativen, die die Räumung der Golanhöhen gegen einen Frieden mit Assad vorsahen. Dieselben israelischen Kräfte, die auf ein solches Abkommen und das damit verbundene Risiko drängten, unterstützen heute fast um jeden Preis ein Friedensabkommen mit den Palästinensern. Die brei-

te israelische Öffentlichkeit erinnert sich dabei laut neuesten Meinungsumfragen an das alte Argument, wonach Territorium in der heutigen Zeit im Rahmen eines stabilen Friedensabkommens keine Bedeutung mehr zukommt – und zieht daraus ihre Schlussfolgerungen im Hinblick auf die mögliche Abtretung von Gebieten an die Palästinenser.

In ähnlicher Weise beeinflussen die Vorgänge in Ägypten die Bereitschaft der Israelis, auf ihre Nachbarn zuzugehen. Die Chance, dass Ägypten seine Stabilität zurückgewinnt und wieder zu einem mäßigenden Faktor in der arabischen Welt wird, ist äußerst gering. Die israelische Südgrenze wird von Terrororganisationen auf der Sinaihalbinsel bedroht. Ägypten kann weder als ausgleichende Kraft zwischen Israel und den Palästinensern noch als Beispiel für stabilen Frieden in der Region dienen.

Auch die Eskalation in den Palästinensergebieten wirkt sich negativ auf die israelische Bereitschaft zu Friedensschritten aus. In den letzten Monaten hat sich die Zahl von Steinwürfen, Zwischenfällen mit Molotow-Cocktails und Anschlagversuchen drastisch erhöht. Während Mahmud Abbas einen Kampf gegen Israel führt, der sich vor allem auf eine Delegitimierungskampagne auf diplomatischer Ebene konzentriert, kommt es auf den Straßen zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, meistens außerhalb der Kontrolle der Palästinensischen Autonomiebehörde. Zwanzig Jahre sind seit dem Ausbruch der ersten Intifada vergangen, und obwohl durch den Einsatz tödlicher Waffen und Selbstmordattentate viel Blut geflossen ist, erweisen sich Steine immer noch als effektivste Waffe mit erheblicher Sprengkraft. Die Palästinenser entwickeln sich wirtschaftlich und operieren auf der Gewaltenebene im Graubereich. Doch je mehr die Gewalt zunimmt, desto mehr gelingt es rechten Kreisen, die breite israelische Öffentlichkeit gegen ein

Friedensabkommen zu mobilisieren. Je stärker Mahmud Abbas auf internationaler Ebene operiert, um Boykotte gegen Israel zu bewirken und die Existenz Israels als jüdischer Staat zu delegitimieren, desto mehr festigt sich die Erkenntnis der öffentlichen Meinung in der politischen Mitte, dass mit Abbas kein Friedensabkommen zu erreichen ist. Mahmud Abbas gelang es in der Amtszeit von Ehud Olmert als Premierminister nicht, den Rubikon zu überschreiten, trotz großzügigem Angebot. Somit ist nicht damit zu rechnen, dass er gegenüber Netanyahu als Premier zu Kompromissen bei Flüchtlingsfragen und Jerusalem bereit sein könnte.

Daran wird auch der Umstand nichts ändern, dass die amtierende Regierung mehr der Mitte zuneigt. Auch wenn Netanyahu beschließen sollte, gegen seine Partei und seine Wählerschaft zu handeln, bleiben seine politischen Bewegungsmöglichkeiten beschränkt. Die Tatsache, dass sich die derzeitige Koalition aus einigen dominanten Parteichefs und einem schwachen Premierminister zusammensetzt, lässt keinen Handlungsspielraum in umstrittenen Fragen.

Daraus ergeben sich auch Erkenntnisse zur wichtigsten strategischen Frage, die die Arbeit der letzten Regierung begleitete, die atomare Aufrüstung des Iran.

Seit es Netanyahu gelungen war, den Iran zu einer internationalen Streitfrage zu machen und die Palästinenser von der Tagesordnung zu verdrängen, ändert sich das Kräftegleichgewicht. Einerseits sagt die Wahl Rohanis zum Präsidenten Irans wenig über die weitere Entwicklung des atomaren Wettrüstens aus. Auf iranischer Seite deutet nichts auf eine Absicht hin, diesen Prozess anzuhalten. Andererseits wird Rohani als liberalere kooperationsbereite Führungspersonlichkeit empfunden. Für den Westen, der im Konflikt mit dem Iran schon längere Zeit eine Mög-

lichkeit sucht, seine exponierten Standpunkte abzumildern, kam mit dieser Wahl im Iran die passende Gelegenheit. Für Israel ist das allerdings ein Problem. Die Welt wird wieder blind für die atomaren Anstrengungen des Iran. Die letzte israelische Regierung führte eine vertiefte Debatte über die Frage eines Angriffs auf den Iran. Die Diskussionen fanden hinter verschlossenen Türen statt. Sie drangen aber an die Öffentlichkeit, als die Meinungen im kleinen, daran beteiligten Ministerkreis auseinander gingen, und die kontroversen Punkte sickerten durch, als sie auf internationaler Ebene diskutiert wurden. Die Wahl Rohanis anstelle von Achmadinedschad wird es Israel schwer machen, einen militärischen Angriff auf den Iran zu legitimieren. Auf politischer Ebene ist Netanyahu bei der Entscheidungsfindung in der Iranfrage zudem allein auf sich gestellt. Im letzten Kabinett saßen sich altgediente Minister, auf deren Urteilsfähigkeit er sich verlassen konnte. Einige von ihnen bildeten ein Gegengewicht zum letzten Verteidigungsminister Ehud Barak und zu ihm selbst. Das derzeitige Kabinett ist nun kleiner und mit Ausnahme von Verteidigungsminister Ya'alon gehören ihm nur junge Entscheidungsträger ohne einschlägige Erfahrung an. Lapid erwirbt zum ersten Mal in seinem Leben Kenntnisse im sicherheitspolitischen Bereich und hat nun Zugang zu Informationen, von denen er bislang keine Ahnung hatte. Dasselbe gilt auch für Bennett. Die beiden Politiker haben keine gefestigte Meinung zum Iran, und ihr persönliches Verhältnis zu Netanyahu ist belastet. In dieser Situation fällt es Netanyahu schwer, die Entscheidungen gemeinsam zu fällen.

Der einzige Themenbereich, zu dem in der Regierung in den letzten drei Monaten Übereinstimmung gefunden werden konnte, betrifft die Wirtschaft. Sämtliche Koalitionsparteien teilen eindeutig rechte wirtschaftliche Auffassungen. Sie stellen sich dem großen Haushaltsdefizit und planen Haushaltskürzungen. Sie verfolgen aber

auch die gemeinsame Bestrebung, den wirtschaftlichen Wettbewerb zu fördern. Wenn wir die Tatsache berücksichtigen, dass die Räumung von Siedlungen in der Vergangenheit zu einem Haushaltsloch und zu Ausgaben geführt hat, die noch immer anfallen, erkennen wir einen weiteren Grund für die mangelnde öffentliche Unterstützung weiterer solcher Unterfangen.

Zusammenfassend lässt sich folgendes sagen: Untersucht man die Spannungen und die Rolle der verschiedenen Akteure in der jetzigen Regierung sowie deren Umgang mit den alten Herausforderungen, stößt man in der Außen- und Sicherheitspolitik kaum auf Änderungen. Wird die Erwartungsschwelle aus der Sicht der internationalen Gemeinschaft unrealistisch hoch angesetzt, droht die Suche der jetzigen israelischen Regierung nach einer endgültigen Lösung des Konflikts vor dem Hintergrund des palästinensischen Unvermögens und der fehlenden Unterstützung der israelischen Öffentlichkeit die Realität noch zu verschlimmern. Der einzige Weg zu Fortschritten führt über Zwischenschritte, die sowohl bei den Palästinensern als auch bei Israel Zustimmung finden, darunter die Festlegung vorläufiger Grenzen (Annektierung von Siedlungsblöcken, Anerkennung der Gebiete A und B als provisorischer entmilitarisierter Palästinenserstaat), die Verschiebung von Kernfragen auf künftige Verhandlungen und die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung. Netanyahu erklärt, er sei zu erheblichen Zugeständnissen bereit, und er meint es offenbar ernst, vorausgesetzt sie sind sicherheits- und innenpolitisch umsetzbar. Diese beiden Voraussetzungen sind allerdings nicht gegeben und werden es auch in absehbarer Zukunft nicht sein. Die wichtigste Erkenntnis aus dem behandelten Zeitabschnitt ist somit, dass auch neue Politiker und eine neue Regierung die problematische Realität nicht ändern und den religiösen Konflikt im Nahen Osten nicht lösen können. Es ist deshalb ratsam, der israeli-

schen Regierung mit der Erwartung zu begegnen, dass sie den ihr gegebenen Handlungsspielraum nutzt, statt sich in internationalen Fantasieräumen zu verlieren.

Dr. Yoaz Hendel ist Vorsitzender des Instituts für Zionistische Strategien in Jerusalem und freiberuflicher Journalist. Er war Direktor für Kommunikation und Public Diplomacy im Büro von Ministerpräsident Benjamin Netanyahu. Er ist Autor von zwei Büchern, über die Al-Aqsa Intifada und

über den verdeckten Krieg zwischen Israel und Iran.

Verantwortlich:

Dr. Ralf Hexel,

Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung Israel

Autoren:

Akiva Eldar

Dr. Yoaz Hendel

Homepage: www.fes.org.il

Email: fes@fes.org.il

Die Kabinettsliste der 33. israelischen Regierung

Funktion	Name	Partei
Ministerpräsident	Benjamin Netanyahu	Likud
Minister für Verteidigung	Moshe Ya'alon	Likud
Minister für Innere Angelegenheiten	Gideon Sa'ar	Likud
Minister für Internationale Beziehungen Minister für strategische Angelegenheiten Minister für die Geheimdienst	Yuval Steinitz	Likud
Minister für Energie und Wasser Minister für regionale Kooperation Minister für die regionale Entwicklung des Negev und Galiläa	Silvan Shalom	Likud
Minister für Kommunikation Minister für Heimatverteidigung	Gilad Erdan	Likud
Minister für Transport, nationale Infrastruktur und Verkehrssicherheit	Yisrael Katz	Likud
Minister für Kultur und Sport	Limor Livnat	Likud
Minister für Auswärtige Angelegenheiten	Avigdor Lieberman (bis Ende des laufenden Gerichtsverfahrens gegen ihn führt Premier Netanyahu das Ministerium)	Yisrael Beitenu
Minister für Innere Sicherheit	Yitzhak Aharonovitch	Yisrael Beitenu
Minister für die Eingliederung von Immigranten	Sofa Landver	Yisrael Beitenu
Minister für Landwirtschaft und regionale Entwicklung	Yair Shamir	Yisrael Beitenu
Minister für Tourismus	Uzi Landau	Yisrael Beitenu
Minister für Finanzen	Yair Lapid	Yesh Atid
Minister für Bildung	Shai Piron	Yesh Atid
Minister für Wissenschaft und Technologie	Ya'akov Perry	Yesh Atid
Minister für Gesundheit	Yael German	Yesh Atid
Minister für Wohlfahrt und soziale Dienstleistungen	Meir Cohen	Yesh Atid
Minister für Economy Minister für religiöse Angelegenheiten Minister für Jerusalem und Diaspora	Naftali Bennett	HaBayit HaYehudi
Minister für Bau- und Wohnungswesen	Uri Yehuda Ariel	HaBayit HaYehudi
Minister für Senioren	Uri Orbach	HaBayit HaYehudi
Minister für Justiz	Tzipi Livni	HaTnuah
Minister für Umweltschutz	Amir Peretz	HaTnuah